Basel, den 1. September 1923 XXIII. Jahrgang / No. 35

Schweiz. Konsum-Verein

Organ des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V.S.K.) Basel

Erscheint wöchentlich 8-12 Seiten stark. Abonnementspreis: Fr. 15.— per Jahr, Fr. 8.— per sechs Monate, ins Ausland unter Kreuzband Fr. 20.— per Jahr.



Redaktion: Dr. HENRY FAUCHERRE. Verantwortlich für Druck u. Herausgabe: Verband schweiz. Konsumvereine (V.S.K.) Basel. Für denselben Dr. Oscar Schär

Inhalt:



Führende Gedanken



Selbstverwaltung.

Wir bilden uns in der Schweiz nicht wenig darauf ein, dass das Volk selber diejenigen Personen zu wählen das Recht hat, die in seinem Namen Gemeinde und Staat verwalten sollen, und gewaltige Kämpfe werden jeweils ausgefochten, um die richtigen Personen in den Sessel zu heben, wobei die Frage unerörtert bleiben mag, ob der Erfolg immer den Anstrengungen entspricht. Das Volk verlangt auch genau Rechenschaft über die bezahlten Steuerbatzen, obwohl diese nur einen verhältnismässig kleinen Teil des Einkommens darstellen. Weitaus der grösste Teil des Einkommens wird vom arbeitenden Volk ausgegeben für die Beschaffung des zum Leben Notwendigen. Wer wählt nun aber die Personen, die diese ausserordentlich wichtige Arbeit zu besorgen haben? Wer kontrolliert sie, wem legen sie Rechnung ab über Einnahmen und Ausgaben, über die Art und Weise, wie sie ihr Amt ausüben?

Ist es angesichts unserer demokratischen Gepflogenheiten verwunderlich, wenn nun endlich die Konsumenten aufstehen und auf wirtschaftlichem Gebiete einzuführen sich bestreben, was sie auf politischem seit langem sich erkämpft haben?

Es scheint mir, das sei nicht nur das gute Recht des Volkes, sondern geradezu eine Ehrenpflicht, und Ehrenpflicht eines jeden, der seiner bürgerlichen Rechte und der daraus resultierenden Pflichten bewusst ist, muss es daher auch sein, diese Emanzipations-Bestrebungen des konsumierenden Volkes zu fördern und zu unterstützen.

Es ist für jeden überzeugten Genossenschafter ein eigenartiges und erhebendes Gefühl, in der Generalversammlung einer Genossenschaft sitzen und mitberaten zu können an den Angelegenheiten der Organisation. Ich begreife daher auch nicht, dass viele Konsumenten, vorab die Frauen, dieses Recht so gering schätzen und so wenig Gebrauch davon machen.

Namentlich die Frauen sähe ich gerne in jeder Versammlung recht zahlreich vertreten. Wie durch einen Blitzstrahl erhellt, läge dann der Unterschied zwischen der privaten und der genossenschaftlichen Gütervermittlung klar vor ihren Augen — dort Willkür, wilde Profitgier, Geheimnistuerei, hier unbedingte Offenheit, Unterordnung unter ein gemeinsames, selbst gegebenes Gesetz, in allem das Bestreben, der Allgemeinheit Dienste zu leisten.

Wenn ich an die Tausende von einfachen Männern aus dem Volke denke, die heute als Vorstandsmitglieder von Konsumgenossenschaften Einsicht erhalten über Märkte, Bezugsquellen, Absatzverhältnisse, Preise usw., ihren Blick erweitern und sich in der Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten nützliche Kenntnisse erwerben können, dann erfüllt mich immer hohe Freude und das Gefühl der Gewissheit, dass es sicherlich gelingen werde, nach und nach unser ganzes Volk auf eine höhere Stufe wirtschaftlicher Erkenntnis und wirtschaftlicher Gerechtigkeit emporzuführen.

Ulrich Meyer.

(Aus „Was alle Frauen wissen sollten".)

Haushaltungs-Rechnungen schweiz. Familien aus dem Jahre 1921, verglichen mit solchen aus den Jahren 1912, 1919 und 1920.

I.

Als vierte grössere Arbeit auf dem Gebiet der Haushaltungsstatistik, gleichzeitig als dritte des Bundes und zweite des Eidg. Arbeitsamtes, erscheint eine zusammenfassende Darstellung über 323 schweizerische Haushaltungsrechnungen des Jahres 1921 verglichen mit den Ergebnissen der Erhebungen von 1912, 1919 und 1920. Die Arbeit bildet das 2. Heft des I. Jahrganges (1923) der «Sozialstatistischen Mitteilungen».

Vor dem Kriege wurde die Haushaltungsstatistik verhältnismässig wenig gepflegt. Die grosse Erhebung des schweiz. Arbeitersekretariates vom Jahre 1912 ist eine Oase in einer ausgedehnten Wüste. Dass heute schon vier grosse Arbeiten auf diesem Gebiet für die Schweiz allein vorliegen, beweist, dass das Interesse dafür bedeutend zugenommen hat.

Alle bisherigen Erhebungen, die schweizerischen wie diejenigen anderer Länder, die sowohl vor als während und nach dem Kriege entstandenen, weisen in ihren Ergebnissen derart grosse Aehnlichkeiten auf, dass man eine gewisse Gesetzmässigkeit auch für die Gestaltung des Haushaltes, für die Art, wie die einzelne Familie ihr Einkommen verwendet, annehmen muss. Wohl weichen die einzelnen Haushaltungen in ihrem Gebaren wesentlich voneinander ab, wohl haben auch die teilweise starken Verschiebungen im tatsächlichen Einkommen grössere Unterschiede bewirkt, doch treten grosse Aehnlichkeiten auf, sobald die Gruppen von Haushaltungen so gross gewählt sind, dass die Zufälligkeiten in den einzelnen Rechnungen zurücktreten, Aehnlichkeiten, die zwar etwa einmal nicht ganz klar hervortreten, nichtsdestoweniger aber doch ersichtlich sind.

Es läge deshalb der Schluss nahe, dass man sich mit einer einzigen Erhebung für geraume Zeit begnügen, und das Experiment erst nach längerer Zeit wiederholen sollte, dass also eine jährliche Wiederholung der Haushaltungsstatistik eine Verschwendung an Geld und Zeit bedeute. Für normale Zeiten trifft das gewiss zu. Die verschiedenen vor dem Kriege veranstalteten Erhebungen zeigten ausnahmslos so ziemlich dieselben Züge. Demgegenüber hat aber in der Kriegs- und Nachkriegszeit jedes Jahr den andern gegenüber ein so verschiedenartiges Gepräge, dass die Zeit eines einzigen Jahres in bezug auf die Veränderung des Ein- und Auskommens einem oder vielleicht einer Anzahl von Jahrzehnten der Vorkriegszeit gleichgestellt werden muss. Waren vor dem Kriege die beiden Faktoren, die die Haushaltungsrechnung am stärksten beeinflussen, Löhne und Preise, wenigstens verhältnismässig stabil, so ist ihre Entwicklung während und nach dem Kriege geradezu revolutionär, und, was das Wichtigste ist, ihre Bewegung ist durchaus nicht parallel. Deshalb zeigen sich in den Haushaltungsrechnungen von 1919, 1920 und 1921, von 1912 gar nicht zu reden, immerhin gewisse über das Zufällige hinausgehende Unterschiede, und 1922 dürften die Haushaltungsrechnungen wiederum ein wesentlich anderes Bild zeigen. Zudem ist die Zahl der Haushaltungen, die sich an den Erhebungen beteiligen, nie so gross, als dass die Ergebnisse völlig den Charakter des Typischen hätten. 1912 nahm zwar die nicht unbeträchtliche Zahl von 791 Haushaltungen daran teil. Dagegen waren es 1921 nur 323, 1919 nur 277 und 1920 gar nur 225.

Wir haben in früheren Nummern des «Schweiz. Konsumvereins» eine kurze Darstellung der wichtigsten Ergebnisse der früheren Erhebungen gegeben, glauben deshalb bei der Besprechung der neuesten Haushaltungsrechnungen unser Augenmerk nicht so sehr auf die Zahlen an sich, sondern auf die Veränderungen, die von Jahr zu Jahr eingetreten sind, richten zu müssen. Dem steht nun allerdings wiederum einigermassen hindernd der Umstand entgegen, dass die Zusammensetzung der Haushaltungen in den einzelnen Jahren ziemliche Unterschiede aufweist. Eine Abhilfe könnte allerdings in der Weise geschaffen werden, dass man nur ungefähr gleichartige Haushaltungen, also etwa Arbeiter- mit Arbeiter- und Angestellten- mit Angestelltenhaushaltungen, oder Haushaltungen mit gleichem Einkommen und gleicher Grösse miteinander in Vergleich setzte. Das würde aber einerseits die einzelnen Zahlen ihres typischen Charakters berauben, anderseits zu weit führen. Wir verzichten deshalb auf eine solche Zergliederung, müssen dafür aber bitten, diesen Umstand bei der Beurteilung der einzelnen Zahlen im Auge zu behalten.

An der Erhebung von 1912 beteiligten sich 250 Beamten- und Angestellten- und 541 Arbeiterfamilien. Ein Plus der Arbeiter (128) gegenüber den Bamten und Angestellten (97) zeigt auch die Erhebung von 1920. Umgekehrt sind es 1919 158 Beamte und Angestellte gegenüber nur 119 Arbeitern und 1921 175 Beamte und Angestellte gegenüber 148 Arbeitern. Insofern man also annimmt, dass im Durchschnitt die Beamten- und Angestelltenfamilie einerseits ein grösseres Einkommen, anderseits eine kleinere Kopfzahl hat als die Arbeiterfamilie, so wäre durchschnittlich am besten gestellt die Haushaltung des Jahres 1919, am schlechtesten dagegen diejenige des Jahres 1912. Das dürfte denn auch zutreffen. Immerhin ist ein Einkommen von Fr. 3004.93 und ein Lohn des Mannes von Fr. 2355.90 für das Jahr 1912 eher ein Ueber- als ein Unterdurchschnittseinkommen eines Arbeiters. Dagegen entspricht die durchschnittliche Kopfzahl 1912 mit 4,52 so ziemlich dem schweizerischen Mittel, währenddem sie mit 4,29 1919, 4,24 1920 und 4,22 1921 nicht unbedeutend darunter steht.

Hauptgliederung der Einnahmen und Ausgaben.

Einnahmen u. Ausgaben	1921		1912 = 100		
	in Fr.	in %	1919	1920	1921
Lohneinkommen des Mannes	5,809.1	85,1	234	243	261
" der Frau .	174.2	2,6	112	107	102
" der Kinder .	172.1	2,5	154	204	188
Summe des Lohneinkommens	6,155.4	90,2	224	233	235
Anderes Einkommen . . .	667.6	9,8	153	165	173
Summe der Einnahmen	6,823.0	100,0	215	224	227
Nahrungs- und Genussmittel	2,761.7	40,5	211	218	208
Bekleidung	736.6	10,8	234	249	210
Wohnungsmiete	813.9	11,9	228	232	286
Wohnungseinrichtung und Reinigung	453.0	6,7	143	167	159
Heizung und Beleuchtung .	364.2	5,3	400	426	404
Gesundheitspflege	166.3	2,4	233	245	236
Bildung und Erholung . .	383.8	5,6	218	212	262
Verkehr	142.6	2,1	208	247	261
Versicherung	330.9	4,9	191	209	304
Steuern uud Gebühren . .	244.4	3,6	261	373	445
Gesellschaft u. Verschiedenes	342.0	5,0	192	205	238
Summe der Ausgaben	6,739.4	98,8	215	227	231
Haushaltungsüberschuss . .	83.6	1,2	199	121	98
Summe der Einnahmen	6,823.0	100,0	215	224	227

Das durchschnittliche Einkommen einer Familie belief sich 1921 auf Fr. 6823.—. Davon entfallen Fr. 5809.10, d. h. etwas über fünf Sechstel, auf das Lohneinkommen des Mannes, der Rest auf Löhne von Frau und Kindern und andere Einnahmen. Dass das Lohneinkommen des Mannes nicht zur Bestreitung aller Ausgaben hinreicht, beweist die Tatsache, dass die Ausgaben nur wenig unter den Einnahmen verbleiben. Mit Fr. 6739.40 machen sie beinahe 99% des Einkommens aus, so dass nur Fr. 83.60, also etwas über ein Prozent zurückgelegt werden können. Diese Ersparnis ist die kleinste, die bisher ausgewiesen ist, kleiner selbst als die des Jahres 1912, die doch Fr. 85.17 betrug. Immerhin wäre es verfehlt, daraus

zu schliessen, dass nun das Jahr 1921 das ungünstigste gewesen wäre. Abgesehen davon, dass 1921 das Höchstmass der Teuerung schon überschritten war, zeigt ein Vergleich mit den Zahlen der übrigen Jahre, dass 1921 eher günstiger war als die früheren Jahre, zum mindesten als 1919 und 1920.

Einerseits ist nämlich das durchschnittliche Einkommen der Haushaltungen von 1921 noch etwas höher als das derjenigen von 1920, anderseits zeigt sich im allgemeinen eine Verschiebung der Ausgaben zugunsten der sogenannten Kulturausgaben. Setzen wir 1912 = 100, so beläuft sich das Lohneinkommen des Mannes 1919 auf 234, 1920 auf 243 und 1921 auf 261, das gesamte Einkommen 1919 auf 215, 1920 auf 224 und 1921 auf 227. Im allgemeinen ist festzustellen, dass das Lohneinkommen des Mannes in den Nachkriegserhebungen eine grössere Rolle spielt, als in derjenigen von 1912, dass also in der Nachkriegszeit Wohl und Wehe der ganzen Familie vom Lohneinkommen des Haushaltungsvorstandes in weit stärkerem Masse abhängt als vor dem Kriege. Das ist zu berücksichtigen bei einem Vergleich der durch die Statistik ausgewiesenen Löhne. Im übrigen ist die Erhöhung des Lohneinkommens des Mannes nicht so beträchtlich, wenn wir die Haushaltungen zergliedern nach dem Beruf des Haushaltungsvorstandes. Es ergibt sich dann von 1912 auf 1921 eine Erhöhung von 116% für Beamte und Angestellte, 127% für gelernte und 160% für ungelernte Arbeiter, und zwar für alle drei Kategorien nicht wie im Durchschnitt — den Durchschnitt drücken die «leitenden» Beamten in die Höhe — eine Erhöhung, sondern ein Rückgang gegenüber 1920, ein Rückgang, der allerdings in verhältnismässig engen Grenzen bleibt, zum mindesten den durchschnittlichen Preisrückgang nicht übersteigt. (Schluss folgt.)



Ex-Präsident Harding über das Genossenschaftswesen.

Der kürzlich verstorbene Präsident der Vereinigten Staaten hielt am 28. Juni dieses Jahres in Idaho Falls eine Wahlrede, die ein unumwundenes Bekenntnis zu den Prinzipien der Genossenschaftsbewegung enthält. Nach der «Co-operation», dem Organ der amerikanischen Genossenschaftsliga, führte der Sprecher folgendes aus:

«Es besteht für uns die Notwendigkeit, sowohl praktisch wirksame Genossenschaftsorganisationen der ländlichen Produzenten als auch ebenso wirksame Genossenschaften der städtischen Konsumenten zu schaffen. Ich glaube, dass es möglich und durchaus wünschbar wäre, durch finanzielle Massnahmen, wie Organisation des Kredits, beide der obigen Genossenschaftsformen unter Kontrolle der Oeffentlichkeit zu fördern.

«Ich habe nicht versucht, ein solches System in seinen wesentlichen Zügen, geschweige denn in seinen Einzelheiten auszuarbeiten; doch bin ich der Ueberzeugung, dass es geschaffen werden kann und der Sympathien aller Männer und Frauen sicher sein wird, denen die wahren Interessen des Landes am Herzen liegen. Ich hoffe, durch Studien und Untersuchungen in den Stand gesetzt zu werden, dem Kongress Massnahmen vorzuschlagen, die einen praktischen Anfang in dieser Richtung darstellen. Es handelt sich um eine Sache von weittragender Bedeutung, die von jedem Manne und jeder Frau in ernsthafteste Erwägung gezogen werden sollte. Meine Meinung geht dahin, dass die Regierung durch eine gesunde Wirtschaftspolitik und Verwaltungspraxis jeden Selbsthilfeversuch der Bevölkerung in bezug auf die Verminderung der Lebenskosten und ihre Anpassung an das Einkommen-Budget der Familien in weitgehender Weise ermutigen sollte.

«Ich habe mich gefragt, ob es zum Beispiel nicht möglich wäre, eine Konsumentenvereinigung zu schaffen, die wenigstens teilweise durch eine sorgfältig aufgebaute und kontrollierte Organisation nach Art der Sparkassen oder Bau- und Kreditinstitute finanziert werden müsste und die auf diesem Gebiet unseres Wirtschaftslebens einen ausserordentlich wichtigen Zweck zu erfüllen hätte.

«Die Ueberleitung eines solchen allgemeinen Programmes in ein leistungsfähiges praktisches Unternehmen wäre zweifellos in erster Linie Aufgabe des Staates, wobei jedoch ein enges Zusammenwirken der Regierung und der Behörden der Einzelstaaten sich als wünschbar oder selbst unerlässlich herausstellen könnte.

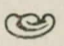
«Ich glaube, dass meine Anregung sorgfältiger Prüfung und Erwägung wert ist. Ich bin überzeugt, dass ihre Diskussion gute Früchte tragen würde und dass sie denjenigen, die sich sowohl das produzierende als das konsumierende Publikum tributpflichtig machten, zu verstehen geben würde, dass dieses Publikum das Recht, die Macht und die Geschicklichkeit besitzt, Mittel und Wege des Selbstschutzes zu finden.

«Ziel und Zweck jeder Politik muss die Bildung und Unterhaltung einer unabhängigen und sich selbst respektierenden, selbstvertrauenden und arbeitsamen, intelligenten und zur Selbsthilfe befähigten amerikanischen Bürgerschaft sein.»

Soweit die Ausführungen Hardings. Wie man sieht, bringen sie prinzipiell nichts Neues; ihre Bedeutung ist mehr symptomatisch. Sie zeigen, dass auch im Lande des allmächtigen Dollars und des bisher ungehemmtesten Konkurrenzkampfes der Gedanke des genossenschaftlichen Zusammenschlusses bis in die Kreise der Regierung hinein Wurzel zu fassen beginnt. Der Herausgeber der «Co-operation», J. C. Warbasse, knüpft an die Rede des Ex-Präsidenten u. a. folgende Bemerkungen:

«Die amerikanischen Politiker, welche für das Genossenschaftswesen plädieren, verfechten eine Sache, für die sie wenig Sympathie und von der sie noch weniger Kenntnisse besitzen. Sie können viel Schaden anrichten, jedoch auch einiges Gute tun. Sie könnten uns vor allem einen Dienst erweisen: uns von denjenigen Gesetzen befreien, welche die genossenschaftliche Tätigkeit zugunsten der Profitwirtschaft erschweren. Das ist alles, was wir von ihnen wünschen, aber es ist nicht wenig. Das Genossenschaftswesen wird so lange befehdet werden, als die Profitinteressen die Regierung, die Presse und Industrie beherrschen. Und das ist die Lage, in welcher sich die Vereinigten Staaten zurzeit befinden. Die Rede des Präsidenten wird daran nichts ändern.

«Die Regierung oder der Staat können das Genossenschaftswesen nicht zur Entfaltung bringen. Ein politisch aufgerichtetes Genossenschaftswesen ist auf Sand gebaut. Nur dort wird die Genossenschaftsbewegung Bestand haben, wo sie aus den Bestrebungen des Volkes selbst und unabhängig von Politik und Staatsleitungen hervorwächst.»



Ist es möglich?

Vor kaum sieben Wochen feierten die Konsumgenossenschaften der ganzen Welt ihren ersten Internationalen Genossenschaftstag. Mancherorts gestaltete sich diese Feier zu einer recht imposanten Kundgebung, hauptsächlich da, wo die Vereinsleitungen zielbewusst und ohne Zagen vorgegangen sind, ohne Mühe und Arbeit zu scheuen. Diesen Vereinen gegenüber gab es aber noch viele, dem V. S. K. auch angeschlossene Genossenschaften, bei welchen es fast den Eindruck erwecken möchte, die Vereinsleitung hätte Ziel und Zweck des Internationalen Genossenschaftstages vollständig verkannt. Vielerorts schien es fast, als hätte die Scheu vor dem Detaillisten — wahrscheinlich um es nicht mit ihm zu verderben — etwas Zurückhaltung geboten. Um so dreister haben aber jene, unsere Gegner, die Gelegenheit benützt, um eine recht schmutzige Gegenpropaganda zu entfalten.

Es sollte daher nicht mehr für möglich gehalten werden, dass es heute noch vorkommt, dass Konsumentenorganisationen, resp. deren Leiter, in der Preisfestsetzung der hauptsächlichsten Lebensmittel mit dem zuständigen Detäillistenverband Hand in Hand vorgehen. Wo bleiben da die Interessen der Mitglieder und Konsumenten gewahrt? Interessengemeinschaft zwischen Konsumvereinen und Detaillisten klingt wie Ironie, da letztere keine Gelegenheit verstreichen lassen und nie müde werden, die gerechte Sache der Konsumvereinsbewegung in den Schmutz zu ziehen.

Von jeher war eine gerechte Preisgestaltung und Preisregulierung, wie sie die Konsumvereine bezwecken, ein Mittel, um die schnöden Anrempelungen unserer Gegner zuschanden zu machen. Dies wirksame Mittel preisgeben und mit den Detaillisten Interessengemeinschaft pflegen, heisst die eigene Sache verraten und verleugnen. Solches Gebaren ist mit Ziel und Zweck der Konsumvereine kaum vereinbar und muss ganz entschieden verurteilt werden. Wie kann der Konsumverein die Interessen seiner Mitglieder wahren, wenn jede, nach Gutdünken der Detaillisten vorgenommene Preisänderung — anstandshalber — auch mitgemacht wird, um ja kein böses Blut zu machen.

An einem Ort, wo die Konsumgenossenschaft dank einer gesunden Finanzlage imstande wäre, die Preise der Lebensmittel im Interesse der Konsumenten wirksam zu beeinflussen, ist ein «Hand in Handgehen» mit den Gegnern unserer Bewegung doppelt zu verurteilen.

Zu wünschen ist nur, dass solch fehlbare «Sonderbündler» bald zur Einsicht gelangen, sonst sind die Mitglieder, die letzten Endes doch den Schaden tragen, aufrichtig zu bedauern. *-r.*



Aus einer Zeitungsnummer.

Vor uns liegt eine Nummer des «Berliner Vorwärts», die Sonntagsausgabe vom 19. August. Das Lesen dieses Blattes wird gewissermassen zu einer Wanderung durch ein wirtschaftlich totwundes Land. Wahrscheinlich findet einiges von dem, was dabei am auffallendsten zutage tritt, das Interesse unserer Leserschaft, die dadurch unzweifelhaft eine starke Anregung erhalten dürfte, Reflexionen anzustellen, die vielleicht dorthin gelangen, wo das genossenschaftliche Wirtschaftssystem die Hoffnung auf Genesung zulassen würde. Was in den betreffenden Zeitungsäusserungen laut wird, ist natürlich mit politischen Tönen durchsetzt, indessen hören wir dabei das nicht Uninteressante, dass die politischen Bestrebungen in den Hintergrund treten müssen, wenn die wirtschaftliche Existenz eines Landes und eines Volkes in Frage kommt.

Auf der ersten Seite des Zentralorgans der Vereinigten sozialdemokratischen Partei Deutschlands deuten die sozialdemokratischen Minister der gegenwärtigen Koalitionsregierung kurz die Aufgaben an, welche im Interesse der wirtschaftlichen Gesundung Deutschlands erforderlich erscheinen. Der Vizekanzler und Minister für Wiederaufbau, Robert Schmidt, nimmt zuerst das Wort, um in der Hauptsache folgendes auszuführen:

«Die Zustände auf dem Geldmarkt mussten ihre Rückwirkung auf dem Warenmarkte ausüben, die sich zunächst in einer ganz sprunghaften Steigerung der Preise, dann auch in einer beängstigenden Beengung der Versorgung geltend machte. Jetzt wird es sich darum handeln, die Stockungen auf dem Lebensmittelmarkt zu beseitigen oder doch wenigstens erheblich zu mildern. Das kann geschehen durch eine Erleichterung der Einfuhr, insbesondere durch Bereitstellung von Zahlungsmitteln für die Hereinnahme von Fetten, Kartoffeln und Brotgetreide aus dem Ausland.

«Damit zeigt sich zugleich der Weg an, um die notwendigen Erleichterungen zu schaffen. Die Goldanleihe, die reichlich spät gekommen ist, soll nicht nur den Zweck erfüllen, für das Sparkapital eine wertbeständige Anlage zu bieten, sie muss auch die in der Bevölkerung angesammelten fremden Zahlungsmittel und Devisen herausholen. Ob dies mit der Goldanleihe allein erreicht werden kann, ist fraglich, denn das Uebel hat sich bereits so tief eingefressen, dass mit seiner unmittelbaren Beseitigung nicht zu rechnen ist. Wenn es gelingt, Industrie, Handel und Landwirtschaft zu veranlassen, grössere Beträge der festangelegten fremden Zahlungsmittel für die Anleihe freizugeben, wird eine Erleichterung des Geldmarktes eintreten können und die Hoffnung bestehen, dass auch der Kurs der Mark sich bessert. Die Anforderung, die an die Besitzer solcher fremder Zahlungsmittel gestellt wird, sie gegen die Goldanleihe herauszugeben, ist keineswegs unbillig; denn die Goldanleihe bietet einen Ersatz für die wertbeständige Anlage, der die fremden Zahlungsmittel dienen sollten. Gelingt es aber der Regierung nicht, auf diesem Wege freiwillig grössere Beiträge an Devisen herauszuholen, so wird zu anderen Massnahmen gegriffen werden müssen, um unter allen Umständen das Ziel zu erreichen, die überflüssige Belastung des Geldmarktes in der Nachfrage nach fremden Zahlungsmitteln zu mindern. Es muss darauf hingewiesen werden, dass der fremde Zahlungsverkehr in einem Ausmasse sich entwickelt hat, das den Bedürfnissen in der Wirtschaft nicht mehr entspricht. Wir sind zu unserem Leidwesen so in die Spekulation und in die fremde Währung hineingeraten, dass wir alle Anstrengungen machen müssen, aus diesem Zustande herauszukommen.»

Nach dem Minister für Wiederaufbau lässt sich der Reichsinnenminister Sollmann vernehmen. Er sagt u. a.:

«Für die innere Politik des Reichs kommt in diesen stürmischen Zeiten viel, wenn nicht alles darauf

an, dass die Massen nicht hemmungslosen Treibereien erliegen. Jeder, auch der Bedrängteste, sollte sich bei seinem Tun immer wieder fragen: Nützt es oder schadet es der Gesamtheit?

«Sicher haben viele Landwirte, die Kapitalisten sind wie die andern auch, grosse Schuld auf sich geladen; aber helfen wir uns, wenn wir massenhaft aufs Land ziehen, wahllos die Früchte rauben und die Ernte zertrampeln? «Geschieht dem Bauer ganz recht», so sagt die Einfalt; aber die Felder werden verwüstet; die Zufuhr stockt noch mehr als jetzt schon; die Preise steigen noch rascher; die Reaktion verstärkt ihren «Selbstschutz». Die Arbeiter, Angestellten, Beamten, Rentner in den Städten haben den Schaden.

«Sicher haben viel Unternehmer ungenügendes Verständnis für die Notlage des Proletariats. Aber haben wir darum ein Recht, sie aus ihren Bureaus zu prügeln und sie in Massenaufzügen mitzuschleppen, wie es da und dort geschehen ist? Ist etwas geholfen, wenn wilde Streikleitungen die Annahme von Forderungen erpressen, die den Betrieb ruinieren und nicht aufrechterhalten werden können?

«Kein vernünftiger Mensch wird glauben, dass Krawalle uns weiterhelfen. Die Staatsgewalt muss verhindern, dass die Wogen der Erregung über jede Ordnung hinwegspülen und einreissen, wo aufgebaut werden muss. Alles, was die neue republikanische Regierung finanziell und wirtschaftlich plant zur Hemmung des Marksturzes, zur Hebung der Lebensmittelzufuhren, wird durch Unruhen und Streiks gestört.»

Der Reichsjustizminister, Prof. Radbruch, zählt die Reformen auf, die von der Justizgesetzgebung verwirklicht werden sollten. Zum Schlusse erklärt er: «Aufwertung und Wertbeständigkeit sind überhaupt die grossen Schlagworte der nächsten Zeit auch für die Justiz. Mannigfaltige, noch gar nicht voll übersehbare Aufgaben sind für die Justiz in ihnen beschlossen, aber so, dass die Währungsreform vorangehen, die Justizreform ihnen folgen muss.»

Der sozialdemokratische Reichsfinanzminister Hilferding, dem, wie der «Vorwärts» sagt, die schwerste Bürde zugefallen ist, fehlt auf dem Ausspracheblatt der sozialdemokratischen Minister mit dem Hinweis, dass er seine Auffassung in mehreren Aufsätzen vor Annahme des Amtes veröffentlicht habe.

Gleich nach den Aeusserungen der Minister wird im «Vorwärts» über die neue Kohlenverteuerung, die bei den einzelnen Kohlensyndikaten durchschnittlich etwa 60 Prozent ausmacht, wie folgt geurteilt:

«Die sich hieraus ergebenden Preise liegen zurzeit nicht unerheblich über den Weltmarktpreisen. Das Ueberschreiten der Weltmarktpreise kann, wenn es länger andauert, für die deutsche verarbeitende Industrie eine die Wettbewerbsfähigkeit vernichtende Belastung herbeiführen.»

Auf der folgenden Spalte ist unter der Parole «Kampf dem Hunger!» aufgezählt, was in einer Konferenz der Ernährungsminister (des Reiches und der Länder), die am 18. August in Berlin stattfand zur Sicherung der Brot-, der Kartoffel- und der Fettversorgung, sowie der Zuckerwirtschaft getan werden soll. In bezug auf die Kartoffelversorgung liegt die Hauptschwierigkeit auf dem Gebiete der Finanzierung: «In dieser Beziehung wurde Mitteilung gemacht von der Gründung einer Kartoffelkreditbank, welche die Finanzierung des Kartoffelhandels sich zur Aufgabe macht. Ferner ist vor kurzem mit den Städten Fühlung genommen worden, um zu erreichen, dass sie in Verbindung mit dem ortsansässigen Handel gleichfalls die Finanzierung fördern.»

Bezüglich der Fettversorgung, mit der die Milchversorgung in Beziehungen steht, ergab die Konferenz der Ernährungsminister folgendes: «Die Misstände, die in der letzten Zeit bei der Fettversorgung zutage getreten sind, sind nach übereinstimmender Auffassung auf den Mangel an Devisen zurückzuführen. Die Bemühungen des Reichsministeriums in Verbindung mit der Reichsbank, hier Abhilfe zu schaffen, wurden anerkannt. Die Konferenz sprach sich einmütig dahin aus, dass für die Versorgung mit den notwendigen Mengen an Fett die Zuteilung von Devisen unbedingt erfolgen müsse, um eine Ergänzung der nicht ausreichenden inländischen Fette zur Befriedigung des notwendigen Fettbedarfes herbeizuführen.»

In der nächsten Zeitungsspalte wird auf «eine Gefahr für die Volksgesundheit» hingewiesen, wobei wir leider wissen, dass die schon vorhandenen vielen Gefahren um eine weitere vermehrt sind. Die Produzenten von sogenannten Patentmedizinen verlangen nämlich für ihre Produkte Goldmarkpreise auf der Dollarbasis, wodurch für solche Arzneimittel Millionen-Markpreise entstehen. Die Goldpreise der Produzenten wurden, wie der «Vorwärts» ausführt, noch dadurch gesteigert, dass die Apotheken auf die Heilmittel einen Zuschlag von 75% nehmen, um dann ganze 10% Rabatt zu geben. Dazu wird gesagt: «Während nun jeder Privatmann in der Lage ist, beim Bezug von Waren den kapitalistischen Zwischengewinn durch genossenschaftlichen Zusammenschluss auszuschalten und sogar zur Gründung eigener Produktionsbetriebe überzugehen, sind die Krankenversicherungsanstalten nicht berechtigt, unmittelbar für ihren Bedarf zu sorgen... Was ist gegen diese ungeheure Gefahr der Unterhöhlung der Volksgesundheit durch die Monopolpreisgestaltung der Arzneimittelindustrie zu tun? Der Krankenversicherung muss das Recht gegeben werden, das jedem Staatsbürger zusteht, nämlich die Verteilung und wenn möglich auch die Produktion der Arzneimittel für ihre Angehörigen selbst in die Hand zu nehmen, den verteuernden Zwischengewinn auszuschalten. Und wenn alle diese Massnahmen nicht ausreichen sollten, so muss der Staat mit Zuschüssen einspringen, um die ohnehin durch

Kriegs- und Nachkriegselend betroffene Volksgesundheit zu schützen.»

Wenden wir das Blatt um, so sehen wir in Angaben über momentane Lebensverhältnisse, die den Währungszerfall ebenfalls illustrieren. So berichtet z. B. der Verband der Fabrikarbeiter, Ortsverwaltung Berlin, dass vor dem Bezirkstarifamt für die chemische Industrie vereinbart worden sei: Für die Woche vom 15. bis 21. August soll am Montag, spätestens am Dienstag ein Vorschuss für Arbeiter über 20 Jahre von 6 Millionen Mark, für Arbeiter und Arbeiterinnen über 17 Jahren von 4 Millionen Mark, für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen von 3 Millionen Mark gezahlt werden.

Damit beenden wir unsere Wanderung durch eine Zeitungsnummer. Es gehört zum Interessantesten unserer Zeit, zu beobachten, wie sich die Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland gestaltet. Denjenigen, die bei uns dem Genossenschaftswesen für die wirtschaftliche Neugestaltung mindestens seit einer Anzahl von Jahren eine hohe Bedeutung beizumessen wussten und demzufolge manchen Forderungen, von denen ein Heil, wenn nicht gar d a s Heil des Landes prophezeit wurde, Abneigung entgegenbringen mussten — mitunter denunzierte man sie deswegen als Menschen von reaktionärer Gesinnung —, haben auf Grund dessen, was nun in Deutschland traurige Tatsache ist, bereits den Beweis dafür erhalten, dass sie das bessere taten, wenn sie, die Blicke auf die Allgemeininteressen gerichtet, in bewusster Zurückhaltung verharrten.

Wo ist der erste Konsumverein entstanden?

Diese Frage, deren Beantwortung bei den bescheidenen Anfängen unserer Bewegung ihre Schwierigkeiten hat, ist schon öfters aufgeworfen worden. Sie hat neuerdings dadurch einige Bedeutung erlangt, dass die französischen Genossenschafter die Ehre der Gründung des ersten Konsumvereins für ihr Land, genauer gesagt für Lyon beanspruchen. Hier wurde am 7. Juli, dem internationalen Genossenschaftstage, zu Ehren zweier genossenschaftlicher Pioniere namens Michel Derrion und Joseph Reynier, die schon 1835, d. h. neun Jahre vor dem Rochdaler Experiment in der alten Seidenweberstadt an der Rhone einen Genossenschaftsladen einrichteten, ein Denkmal eingeweiht. Bei der Einweihungsfeierlichkeit wurde gesagt, dass nun die Legende, welche bisher die Rochdaler Flanellweber als Pioniere der Bewegung erscheinen liess, verblasse. Aus britischen Genossenschaftskreisen wird nun gegen diese Auffassung polemisiert. Die «Co-operative News» vom 28. Juli publiziert eine ganze Liste von Konsumgenossenschaften, die im Vereinigten Königreich vor dem Lyoner Genossenschaftsladen «Au Commerce véridique et social» (dies der Name, den die beiden Gründer ihrem Unternehmen gaben), existierten. Nach Maxwells «History of Co-operation in Scotland» bestand schon 1769 ein Konsumverein in Fenwick, einem bescheidenen schottischen Dorf in der Nähe von Kilmarnak in Ayrshire. Eine andere Genossenschaft, die Govan Victualling Society, wurde 1777 ins Leben gerufen, die Sennoxtown Victualling Society datiert ins Jahre 1812 zurück. Die 1828 gegründete und hauptsächlich von Dr. W. King geförderte Genossenschaft von Brighton, England, veranlasste durch ihre Erfolge die Entstehung von weiteren 300 Konsumentenorganisationen um das Jahr 1830 herum. Diesen und anderen Beispielen gegenüber scheint denn doch der Prioritätsanspruch der französischen Genossenschafter auf etwas schwacher Basis zu beruhen. Es wird im Artikel der «Co-operative News» noch darauf hingewiesen, dass die 1812 gegründete Genossenschaft von Sennoxtown noch heute besteht, also auf eine Existenz von 111 Jahren zurückblicken kann, während die Govan Society es auf ein Alter von 132 Jahren brachte. Der Verkaufsladen der beiden Lyoner Derrion und Reynier ging schon nach 3 Jahren ein. Das sogenannte Rochdaler Rückvergütungssystem, das angeblich auch in Lyon zur Anwendung gelangte, wurde 1822 von Alexander Campbell propagiert und versuchsweise 1826 in Sennoxtown praktiziert.



Wirtschaftlicher Wochenbericht.

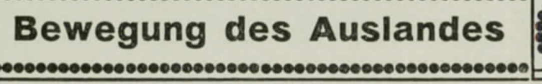
Die Zahl der Arbeitslosen hat im Juli nochmals abgenommen und war Ende Juli auf *22,722* in ihrem Berufe arbeitslose Personen gesunken, wovon 13,906 tatsächlich ohne irgendwelche Arbeit waren und noch 4135 aus öffentlichen Mitteln unterstützt wurden. Nachdem die Zahl der unterstützten Arbeitslosen so stark vermindert ist, dürften die finanziellen Sorgen für Staat und Gemeinden in der Hauptsache behoben sein, wenn uns nicht der Winter wiederum eine alle Erwartungen übersteigende Zahl von Arbeitslosen bringt.

Von den verschiedenen Industrien des Landes hat im Juli die Metall-, Maschinen- und elektrotechnische Industrie am meisten Arbeitskräfte angezogen, nämlich 535, während das Baugewerbe nur 366, Uhrenindustrie und Bijouterie nur 303 Arbeitskräfte mehr beschäftigten. Nach dieser Statistik zu urteilen, müssen in der Metall- und Maschinenindustrie die Geschäfte besser gehen, als man nach den offiziellen Berichten der Verbände wahr haben will. Auch die Fabrikation von Lebens- und Genussmitteln scheint nach der Neueinstellung von 178 Arbeitern zu urteilen, eine Besserung zu verzeichnen, was zum grossen Teil wohl auf den wieder ansteigenden Schokoladeexport zurückgeführt werden darf. Die Textilindustrie verzeichnet eine Zunahme der beschäftigten Personen um 292, trotzdem Stickerei und Seidenindustrie noch immer über sehr schlechte Zeiten klagten, desgleichen haben auch die chemische Industrie, die Holz- und Glasbearbeitung mehr Personal benötigt. Die Hotelindustrie hat auch etwas mehr Personal (60) eingestellt, aber weniger als man nach den optimistischen Berichten über den Verlauf der gegenwärtigen Saison erwarten sollte, die wohl etwas rosiger gefärbt sein mögen als der Wirklichkeit entspricht, um die Reiselust des Publikums zu animieren. Die Hotellerie gehört zu den Ausnahmen unter den Industrien, in deren Interesse es gewöhnlich gelegen ist, optimistische statt pessimistische Berichte über die Konjunktur zu verbreiten. Allerdings scheint es ihr in diesem Sommer besser zu gehen als in den anderen Jahren seit Kriegsausbruch.

Die für das erste Halbjahr 1923 soeben veröffentlichte Statistik des schweizerischen Aussenhandels könnte einem bei oberflächlicher Betrachtung einen rechten Schreck einjagen, erzeigt sie doch gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres einen Rückgang des Exports von 877 auf 807 Millionen während die Einfuhr von 854 auf 1035 Millionen gestiegen ist. Die Wertsummen unserer Exporte erzeigen bei sämt-

lichen wichtigen Industrien, ausgenommen Schokoladen und Kondensmilch eine grosse Verminderung gegen das Vorjahr. Glücklicherweise ändert sich das Bild, wenn man die exportierten Mengen in Betracht zieht. Wir haben z. B. an dynamo-elektrischen Maschinen nur für 9,7 Millionen Franken exportiert gegen 12,3 Millionen im ersten Halbjahr des Vorjahrs, aber wir haben der Menge nach mehr als 500 Doppelzentner mehr ausgeführt, und ähnliches gilt für Wasserkraft- und Winddruckmaschinen, Gas-, Petrol- und Benzinmotoren, Maschinen für Zubereitung von Nahrungsmitteln etc. Aus dem Export von Anilinfarben erzielte die Schweiz im ersten Semester dieses Jahres 24,9 Millionen Franken gegen 28,7 Millionen im Vorjahre, die exportierte Menge aber stieg von 19,450 auf 19,990 Doppelzentner. Bei Seidenwaren am Stück, dem wichtigsten Exportartikel der schweizerischen Seidenindustrie, sank die Wertsumme um anderthalb Millionen, während die Menge um 135 Doppelzentner stieg und ähnlich ging es bei den wichtigsten Artikeln der Lederindustrie, der Baumwollindustrie und der Uhrenindustrie. Wo sich die Wertsumme der Exporte hob, da erzeigen die exportierten Mengen immer noch ein weit stärkeres Anwachsen, so stieg z. B. der Wert der exportierten Nickel- und Stahluhren von 11,1 auf 12,9 Millionen, die exportierte Stückzahl aber von 1,465,000 auf 1,923,000. Offenbar ist es den schweizerischen Fabrikanten gelungen, durch die Reduktion der Unkosten den Export in fast allen wichtigen Artikeln zu beleben, und da die bisher von ihrer sinkenden Valuta begünstigte ausländische, vornehmlich die deutsche Industrie mit zunehmenden Schwierigkeiten zu kämpfen hat, ist begründete Aussicht, dass sich die Exportaussichten für die Schweiz zum mindesten nicht verschlechtern.

Auch die Steigerung unserer Einfuhren beweist, dass die schweizerische Industrie unter besseren Verhältnissen arbeitet wie im Vorjahre, denn es sind fast durchweg industrielle Rohstoffe und Produktionsbedürfnisse, die die Vermehrung unserer Einfuhr zuwege gebracht haben. So stieg z. B. die Einfuhr von mineralischen Stoffen, zum grössten Teil Kohlen und Koks, von 5,449,000 q im vorjährigen ersten Semester auf 8,114,000 q im diesjährigen, die Einfuhr von Eisen von 620,000 auf 851,000 q, von Kupfer von 23,900 auf 43,800 q, von Wolle von 31,600 auf 40,800 q, von Baumwolle von 76,000 auf 86,000 q, die Einfuhr von Seide von 12.500 auf 15,900 q. Da die Durchschnittspreise der Rohstoffe bedeutend gestiegen sind, so hat sich diese vermehrte Einfuhr in der schon erwähnten starken Steigerung der Wertziffern unserer gesamten Einfuhr ausgewirkt. So lange wir annehmen dürfen, dass unsere Fabrikanten und Importeure zu rechnen wissen und dafür sorgen werden, dass sie bei den importierten Materialien nicht zu Schaden kommen, brauchen wir uns wegen des Anwachsens unserer Einfuhren keine grauen Haare wachsen lassen.



Bewegung des Auslandes

Deutschland.

Ein paar Stichproben aus dem Existenzkampfe der Konsumvereine in Deutschland entnehmen wir der «Konsumgenossenschaftlichen Rundschau»: Der Konsumverein für Lübeck und Umgebung erzielte im Juli einen Umsatz von 12,3 Milliarden Mark, in der ersten Woche des August 18 Milliarden Mark. An Geschäftsanteilen wurden in der ersten Augustwoche 498,9 Millionen Mark, in der zweiten Augustwoche 1,111 Milliarden Mark eingezahlt. — Der Konsumverein Eisenach sperrte ab 10. August seine Mitgliederliste. Die Mitglieder sind aufgefordert, bis zum 31. August spätestens ihren Geschäftsanteil voll einzuzahlen. — Die Vertreterversammlung des Spar- und Konsumvereins Stuttgart leistete einer Anregung, den Geschäftsanteil jedes Mitgliedes auf 3 Millionen Mark zu erhöhen, nicht Folge, sondern begnügte sich, entsprechend einem Vorschlag der Verwaltung, mit einer Million Mark, die binnen drei Monaten einbezahlt werden muss.

Dissertationen über Genossenschaftsfragen. Im Jahre 1921 und zum Teil 1922 wurden an 17 deutschen Universitäten 56 Dissertationen geschrieben, die das Genossenschaftswesen behandeln. Davon waren 40 nationalökonomisch und 16 juristisch.




Aus unserer Bewegung

Reinach (Aargau). Einem Auftrage unserer Mitglieder nachkommend, haben wir den *ersten internationalen Genossenschaftstag* mit einem bescheidenen, unseren Verhältnissen entsprechenden Familienabend verbunden. Nachdem die ganze Woche hindurch von unseren Behördemitgliedern und unserem Personal die Propaganda für die Genossenschaft von Haus zu Haus mit der Festnummer des «Genossenschaftlichen Volksblattes» in der Hand betrieben wurde, und dann am Samstag von allen Plakatstellen und Bauhöfen die bunte Einkäuferin mit ihrem Blumenstock so freundlich einladend wirkte, da fragte sich mancher: Was muss denn heute werden? Auch in unserem Verkaufslokal war es an selbigem Tag etwas anders als sonst: Jedes einkaufende Kind ging mit dankbar lächelnder Miene wieder nach Hause. In der Bäckerei wurde fleissig gearbeitet, um für den Abend etwas Süsses bereit zu halten, und das hatte dann auch seine Wirkung, indem sich zur festgesetzten Zeit ca. 200 Genossenschafterinnen und solche, die es hoffentlich werden wollen, im Gasthof zum «Rössli» einfanden.

Der Männerchor «Freiheit» eröffnete die Tagung, worauf durch unseren Präsidenten in einer kurzen Ansprache die Begrüssung erfolgte. Hierauf erhielt das Wort Frau J. Misteli aus Aarau, welche in verdankenswerter Weise für unseren Abend gewonnen werden konnte. Wir hoffen, dass ihr sehr lehrreiches Referat über Zweck und Ziele der Genossenschaftsbewegung gute Früchte zeitige. Inzwischen wurde in der Küche der Tee und das Gebäck bereitet, was anscheinend gut schmeckte. Durch eine arrangierte Tombola konnten unsere Unkosten meistens gedeckt werden. Nachdem um 10½ Uhr die Versammlung beendigt war, sorgten Tanzmusik und Männerchor für den zweiten Teil bis die Tageshelle den Abbruch gebot.

Mögen aus dem ersten internationalen Genossenschaftstag Genossenschaftstage, und aus den Tagen Wochen, und aus den Wochen Genossenschaftsjahre werden. Dann herrscht Gerechtigkeit, Freiheit und Friede. *H. H.*

Thörishaus. Auch die Genossenschafterinnen und Genossenschafter von Thörishaus und Umgebung haben den *ersten internationalen Genossenschaftstag* würdig begangen. Geschickt haben unsere Verkäuferinnen die Schaufenster und Läden geschmückt. Durch Inserate und Zirkulare wurde auf Samstag, den 7. Juli, abends 9 Uhr, in den Hirschen in Thörishaus eine öffentliche Versammlung einberufen. Der Erfolg war über Erwarten gross, hatten sich doch ca. 100 Mitglieder und Nichtmitglieder zu der einfachen Feier eingefunden, um dem fast 1½stündigen Referat unseres verdienten Mitgliedes Herr Edwin Baer zu lauschen. Es war wirklich ein Hochgenuss, das vorzügliche Referat über Entstehung und Ziele der Genossenschaft zu hören. Wir möchten dem Redner auch an dieser Stelle noch den besten Dank aussprechen. Bei diesem Anlasse wurde auch die Frage betreffend Gründung einer Frauenkommission besprochen und beschlossen, die Angelegenheit der nächsten Hauptversammlung zur Beschlussfassung zu unterbreiten. Nach gewalteter Diskussion ging man zum zweiten, gemütlichen Teil über und es kamen alle Teilnehmer auf ihre Rechnung, denn es fehlte nichts zur Unterhaltung. Der erste internationale Genossenschaftstag, schlicht und einfach begangen, hat bereits seine guten Früchte in unserer Genossenschaft gezeitigt. *H.*



Verbandsnachrichten



Aus den Verhandlungen der Sitzung der Verwaltungskommission vom 24. und 28. August 1923.

1. Die Statutenänderung der Société coopérative de consommation Reconvilier wird genehmigt.

2. Von einem Verbandsverein ist ein Gesuch eingegangen, der V. S. K. möchte bei der Schweiz. Unfallversicherungsanstalt Luzern vorstellig werden, behufs Erwirkung einer Prämienreduktion für Versicherung gegen Betriebsunfälle. Die Verwaltungskommission hat beschlossen, diesem Wunsche Folge zu geben und eine bezügliche Eingabe an die Direktion der Schweiz. Unfallversicherungsanstalt zu richten.

3. An eine vom Eidgen. Arbeitsamt in Bern einberufene Konferenz zur Schaffung einer Verständigungsgrundlage für einen Landesindex, wird Herr Dr. Schär, Vize-Präsident der Verwaltungskommission abgeordnet.

---

1. Die Verwaltungskommission nimmt Kenntnis von einer Eingabe des Verbandes der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter der Schweiz betreffend die Lohnverhältnisse im V. S. K.

Die Verwaltungskommission hat sich schon in einer früheren Sitzung mit der Regelung der Lohnverhältnisse per 31. Dezember 1923 befasst und wird in einer nächsten Sitzung einen definitiven Antrag zuhanden des Aufsichtsrates des V. S. K. feststellen.

2. In der Sitzung vom 18. August 1923 in Lugano hat der Kreisvorstand X des V. S. K. Kenntnis genommen vom Resultate der bei den Tessiner Verbands-Vereinen gehaltenen Umfrage betreffend vermehrte Unterstützung der Niederlassung des V. S. K. in Lugano. Von den 60 Tessiner Vereinen haben 4 geantwortet. Diese Antworten sind dem Vertreter des V. S. K. in Lugano übermittelt worden behufs direkter Behandlung mit den in Betracht kommenden Vereinen.

3. Von Vereinen, die mit ihren Zahlungen im Rückstande sind, wird von Zeit zu Zeit die Frage der Zinsreduktion auf den von der Bankabteilung eingeräumten Krediten aufgeworfen.

Die Verwaltungskommission ist bereit, eine Zinsreduktion in allen Fällen in Erwägung zu ziehen, wo Vereine in der Lage sind, dem V. S. K. für die von ihnen benötigten Kredite die erforderlichen bankmässigen Garantien (Realkautionen, Grundpfandverschreibungen, Bürgschaften) zu bieten.

Immerhin möchten wir den Vereinen empfehlen, alle Anstrengungen zu machen, um die von ihnen benötigten finanziellen Mittel sich durch die Mitglieder selbst oder durch andere Bankkredite zu beschaffen. Durch Erhöhung der Anteilscheine und Schaffung eines Garantiekapitals ist den Vereinen ebenfalls die Möglichkeit einer Verbesserung der Vereinsbilanz gegeben.

4. In Verbindung mit einer Sitzung des Zentralvorstandes des Internationalen Genossenschaftsbundes wird am 1. Oktober 1923 in Prag ebenfalls eine Sitzung der Kommission für den internationalen genossenschaftlichen Güteraustausch stattfinden.

Die Verwaltungskommission hat beschlossen, an die Sitzung des Zentralvorstandes sowohl als auch an die Sitzung dieser Kommission Herrn Dr. A. Suter, Vize-Präsident des Aufsichtsrates des V. S. K. abzuordnen.

5. Als Mitglied des V. S. K. wird aufgenommen die **Konsumgenossenschaft Boltigen und Umgebung i. S.**, gegründet am 25. Mai 1923, ins Handelsregister eingetragen am 17. August 1923, derzeitige Mitgliederzahl 41, Zuteilung zu Kreis IIIa.

6. Die Verwaltungskommission nimmt davon Vormerkung, dass der Konsumverein St. Moritz in Liquidation tritt; deshalb werden die Warenabteilungen des V. S. K. beauftragt, keine Bestellungen mehr zur Ausführung zu bringen.



Genossenschaftlicher Arbeitsmarkt



Nachfrage.

Ladenkontrolleur. Eine grössere Konsumgenossenschaft sucht für baldigen Eintritt einen Ladenkontrolleur. Bewerber müssen gewandte Etalagisten sein und sich über ihre Befähigung ausweisen können. Offerten unter Chiffre S. N. 2468 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Gesucht zu baldigem Eintritt in Filiale mit ca. Fr. 150,000.— Umsatz, tüchtige **I. Verkäuferin,** in Lebensmitteln, Schuhwaren, Mercerie und Bonneterie durchaus bewandert. Offerten mit nur erstklassigen Referenzen unter Angabe von Gehaltsansprüchen und Eintrittsdatum erbeten unter Chiffre Z. 220 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Angebot.

Chauffeur, mit bestandener Konkordatsprüfung, sucht Stelle als Zweiter oder Hilfs-Chauffeur in Konsumverein. Offerten unter Chiffre P. W. 196 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Tüchtiger, zuverlässiger und solider Angestellter gesetzten Alters, sucht per sofort oder später passende und dauernde Anstellung in einem genossenschaftlichen Grossbetrieb, hauptsächlich zur **Stütze des Verwalters.** Suchender ist im Genossenschaftswesen durchaus vertraut. Prima Zeugnisse und Referenzen zu Diensten. Offerten unter Chiffre W. W. 222 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Tüchtiger **Buchhalter-Korrespondent,** Deutsch, Französisch, Italienisch, im Genossenschaftswesen und Organisation erfahren, gegenwärtig in einer italienischen Konsumgenossenschaft tätig, sucht Stelle. Gefl. Offerten an V. Klaus, Place de la gare, Porrentruy.

Junger, tüchtiger **Bursche,** der drei Jahre in Bureau tätig war, sucht per sofort Anstellung in einer Konsumgenossenschaft. Offerten unter Chiffre K. S. 226 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Bäcker, verheiratet, 36 Jahre alt, deutsch und französisch sprechend, welcher während der letzten 3 Jahre den Beruf nur teilweise ausüben konnte, sucht Stelle zur Aushilfe oder für dauernd in Land- oder Stadtbäckerei. Offerten mit Lohnangabe sind sofort erbeten unter Chiffre L. M. 227 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Junger, solider, verheirateter Mann sucht Stelle als **Magaziner** und **Chauffeur,** oder auch ausschliesslich als Chauffeur. Kaution kann geleistet werden. Offerten unter Chiffre K. W. 230 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Jüngling, 26jährig, Mitglied eines Konsumvereins, sucht auf 1. Oktober 1923, eventuell früher, Stelle, wenn möglich als **Magaziner** in Konsumverein. Zeugnisse und Referenzen zur Verfügung. Offerten sind gefl. erbeten unter Chiffre G. U. 231 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Gewesener **Bäckermeister** sucht Stelle in eine Konsumbäckerei als **Erster.** Derselbe ist durchaus selbständig und hat gute Kenntnisse in der Konditorei. Offerten sind zu richten unter Chiffre M. M. 233 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Junger, solider, starker Bursche, von Beruf Schlosser, sucht Stelle als **Magazinergehilfe.** Ostschweiz bevorzugt. Offerten unter Chiffre K. G. 232 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Redaktionsschluss: 30. August 1923.

Buchdruckerei des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V. S. K.) Basel.